

Ihr/e Gesprächspartner/in: Martin Metz, Monika Schulenburg

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 28.10.2010

Drucksachen-Nr.: 10/0356

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Behandlung |
|----------------------------|-----------------------|---------------------------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 24.11.2010 | öffentlich / Entscheidung |

Verbesserung der Bürgerinformation

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei Teiländerungen des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung und wesentliche Änderungen von Bebauungsplänen und zudem Neu – oder Umbau von Fuß- und Radwegen und Straßen immer frühzeitig eine Bürgerinformation in Form eines Flyers an die Bürgerinnen und Bürger im Umfeld der Maßnahme zu versenden. Sollte sich aufgrund der Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger maßgeblicher Diskussionsbedarf bzw. Bedarf für weitere Informationen ergeben, führt die Verwaltung eine Bürgerinformationsveranstaltung zu der Maßnahme durch.

Zudem informiert die Verwaltung auf der städtischen Internetseite ausführlich über die Vorhaben. Weiterhin werden alle laufenden Bebauungsplanverfahren inklusive Kartenmaterial, Stellungnahmen der Behörden, Nennung eines Ansprechpartners etc. ausführlich auf der Website in einer eigenen Rubrik dargestellt.

Begründung:

Immer wieder führt mangelnde oder zu späte Information der Bürgerinnen und Bürger zu Irritationen und Problemen. Dies war zuletzt sowohl bei (Um)Bauten von Straßen und Rad- bzw. Gehwegen wie auch bei Bebauungsplänen wiederholt zu beobachten. Meist führte das dazu, dass die Politik der Verwaltung jeweils im Einzelfall den Auftrag für eine umfangreiche Information der Bürgerinnen und Bürger gab.

Zur Vermeidung derartige Unstimmigkeiten, zur Stärkung der Effektivität der Beratungen im Rat und seinen Ausschüssen sowie zur Stärkung der demokratischen Einbindung der Bevölkerung ist es daher geboten, einen Grundsatzbeschluss zur besseren Information der Bürgerinnen und Bürger zu fassen.

Dies mag zwar zunächst mit finanziellen Mehrkosten verbunden sein. Jedoch scheint dies zum einen aus demokratischen Gründen vertretbar zu sein. Und zum anderen ist zu erwarten, dass frühzeitige und gute Information bei vielen Projekten zu kürzeren politischen Beratungen und weniger Aufwand bei der Verwaltung führen wird.

Martin Metz

gez. Monika Schulenburg